

WÜRZBURG

„Sie gehören zu diesem Land“

Kommunales Wahlrecht für „Drittstaater“: Nur von CSU kein klares Ja

Die hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion „Kommunales Wahlrecht für alle“ lockte nur wenige Teilnehmer ins Falkenhaus. „Es herrschen Resignation und Enttäuschung bei den ausländischen Mitbürgern“, begründete Antonino Pecoraro, Vorsitzender des Würzburger Ausländer- und Integrationsbeirates, das geringe Interesse. Hintergrund dieser Veranstaltung ist eine Unterschriftenkampagne in Bayern mit dem Ziel, den rund 4,5 Millionen aus nicht EU-Ländern stammenden Migranten das aktive und passive Wahlrecht auf Städte- und Gemeindeebene zu ermöglichen.

„Wir wollen den sogenannten Drittstaatern eine Stimme geben“, betonte Pecoraro und wies darauf hin, dass sie durchschnittlich seit 17 Jahren in der Bundesrepublik lebten. „Sie zahlen Steuern und gehören zu diesem Land, deshalb müssen wir ihnen einen demokratischen Mindeststandard bieten.“ Er kritisierte, dass sich die Betroffenen nicht einmal in Bürgerversammlungen zu Wort melden dürften.

Im Mittelpunkt der von Main-Post-Redakteur Andreas Jungbauer moderierten Diskussion stand CSU-Bundestagsabgeordneter Paul Lehrieder. Von den am Podium sitzenden Politikern verhielt er sich am zögerndsten. Während einer Sachverständigen-Anhörung im vergangenen Jahr hätten Experten zu diesem Thema „verfassungsrechtliche Bedenken“ geäußert. Diese seien auch im Mai 2009 bei der Diskussion über die Anträge des Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke im Bundestag zur Sprache gekommen. „Wir haben Grundrechte für jeden und Bürgerrechte nach erfolgter Integration und Einbürgerung“, hob er hervor. Schließlich fügte er hinzu, dass es in der CSU verschiedene Meinungen gebe und „wir uns darüber Gedanken machen können“.

Ziel. ist die Einbürgerung

„Wir halten die Probleme für lösbar“, darauf machte FDP-Bundestagsabgeordneter Joachim Spatz aufmerksam. „Wir werden mit der CDU/CSU darüber reden, auch wenn es nicht im Koalitionsvertrag steht.“ Im „Wiesbadener Programm“ der Liberalen stehe, dass die Drittstaater nach fünfjährigem legalen Aufenthalt in Deutschland das kommunale Wahlrecht erwerben könnten. „Es sollte aber nicht der Eindruck entstehen, dass dies der Endpunkt der Integration sei.“ Ziel sei nach wie vor die Einbürgerung mit dem Wahlrecht auf allen Ebenen.

„Das ist ein zentrales Thema für die ganze Gesellschaft und nicht nur für unsere ausländischen Mitbürger“, erklärte SPD-Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib. Als Beispiel nannte er die Stadt Ochsenfurt, in der viele Türken lebten. „Die meisten sind voll integriert, sind Mitglied im Fußballverein und gehören dazu.“ Er setzte sich vehement dafür ein, ihnen das kommunale Wahlrecht zu geben: „Da müssen wir ran.“

„Wir unterstützen die Unterschriftenkampagne und brauchen dringend die Rahmenbedingungen für die Einführung des Wahlrechtes“, betonte Bundestagsabgeordnete Christine Scheel vom Bündnis 90/Die Grünen. Die meisten verstünden nicht, dass „hier Geborene“ nicht an die Urnen dürften. Aufgrund dieser Ausgrenzung auf kommunaler Ebene fühlten sich viele Migranten als „Menschen zweiter Klasse: Das ist für uns nicht akzeptabel“. Die skandinavischen Nationen spielten bei diesem Thema seit Jahren eine Vorreiterrolle und auch fast alle neuen EU-Mitglieder seien dabei, das kommunale Wahlrecht einzuführen. Nur Länder wie Österreich, Italien, Spanien und Deutschland stellten sich quer und verlangten zuerst die Einbürgerung.

Als „untragbaren Zustand“ bezeichnete Holger Grünwedel, Würzburger Stadtrat von Die Linke, dass die Drittstaater kein Mitbestimmungsrecht hätten. Er forderte die Beteiligung der Betroffenen auf kommunaler Ebene. „Wir dürfen die Politik in Städten und Gemeinden nicht über deren Köpfe machen.“ Außerdem sollten die nach seinen Worten „zu hohen Hürden“ zum Erwerb der Staatsbürgerschaft beseitigt werden.